

Beatmungsgeräte noch unbenutzt

Zu Beginn der Pandemie schaffte das Landesspital Vaduz acht Respiratoren für 300 000 Franken an.

Julia Strauss

Als sich zu Beginn der Coronapandemie abzeichnete, dass Personen mit schweren Krankheitsverläufen eine Behandlung mit einem Beatmungsgerät benötigen, versuchten die Länder möglichst viele der teureren Geräte zu bestellen. Auch das Landesspital Vaduz beschaffte sich acht sogenannter Respiratoren, um bei Bedarf auch im Landesspital Patienten künstlich beatmen zu können. «Glücklicherweise mussten die angeschafften Beatmungsgeräte bis heute aber nicht eingesetzt werden», so Sandra Copeland, Spitaldirektorin des Landesspitals.

Keine Intensivstation wegen geringer Auslastung

Patienten mit schweren Krankheitsverläufen wurden nicht direkt im Landesspital versorgt, sondern erhielten in den umliegenden Krankenhäusern wie Grabs oder Chur die nötige und geeignete Behandlung. «Wir konnten auf weniger invasive Therapien zurückgreifen», berichtet Copeland. Mit Corona infizierte Patienten benötigen eine viel aufwendigere Behandlung im Krankenhaus. Die Pflegekräfte dürfen nur mit einer speziellen Schutzmontur zu den Erkrankten auf die Station. Dazu



Neben dem Beatmungsgerät muss auch Verbrauchsmaterial gekauft werden.

Bild: Keystone

gehören spezielle Kittel, Maske, Schutzbrillen und gründliche Desinfektion der Hände, damit eine Ansteckung verhindert wird.

Noch aufwendiger ist die Betreuung einer sogenannten Intermediate Care Unit. Auf diesen speziell eingerichteten Stationen werden Patienten 1:1

betreut, und dies ohne Pause für 24 Stunden am Tag. «Konkret heisst dies, dass sich drei bis vier Pflegefachkräfte rund um die Uhr um einen Patienten kümmern», erklärt die Spitaldirektorin und betont, dass dieser Einsatz aber über einen längeren Zeitraum gesehen zu einer Überlastung des Systems ge-

führt hätte. Dass das Landesspital schon zu Beginn der Pandemie überhaupt über solch eine Intermediate Care Unit verfügt, ist darauf zurückzuführen, dass eine solche Station bereits im Kalenderjahr 2019 geplant war, «ohne von der drohenden Pandemie zu wissen». Die Station konnte so bereits im Februar

2020 mit entsprechend geschultem Personal in Betrieb genommen werden. Diesem Umstand ist es zu verdanken, dass das Landesspital für den Einsatz der Beatmungsgeräte vorübergehend gerüstet war. Denn eine Intensivstation ist im Landesspital weder vorhanden noch künftig angedacht, da sie laut Cope-

land einerseits viel spezielles Fachwissen und das nötige Personal voraussetzt und andererseits sehr kostenintensiv ist. Folglich wäre eine hohe Auslastung nötig, welche im Landesspital aber nicht erreicht wird.

Beatmungsgeräte werden noch nicht verkauft

Zusätzlich zu der Intermediate Care Unit schaffte das Landesspital zu Beginn der Pandemie acht Beatmungsgeräte an. Dafür mussten 300 000 Franken aufgewendet werden. Nicht miteingerechnet sind dabei diverses Zubehör und Verbrauchsmaterial. Und auch wenn die Geräte bisher ungenutzt blieben, entsteht ein gewisser Aufwand für das Landesspital. Copeland erklärt: «Beatmungsgeräte sind medizintechnische Geräte, welche in spezifisch definierten Zeitfenstern gewartet und gepflegt werden müssen.»

Trotz Nichtbenutzung bleiben die Beatmungsgeräte vorläufig im Landesspital: «Solange die Pandemie nicht bewältigt ist und es folglich noch nicht abschätzbar ist, wie sich eine erneute Ausbreitung im kommenden Herbst/Winter manifestieren könnte, kommt für uns eine Veräusserung oder Weiterverwendung unserer Geräte nicht in Frage», bekräftigt Copeland.

Neues Impfkonzzept mit Arztpraxen

Regierung und Ärztekammer planen für die Zeit nach der Schliessung des Impfzentrums.

Das Ende des Impfzentrums in der Vaduzer Spoerry-Halle rückt näher. Am 24. September wird es endgültig seine Türen schliessen, aber bereits am 27. August wird in der Spoerry die letzte Erstimpfung verteilt. Laut Mitteilung der Regierung sollen danach Impfwillige über die Arztpraxen ihre zwei Pikse erhalten. Hinsichtlich der aktuellen Impfquote steht Liechtenstein derzeit bei 53,8 Prozent. Demnach ist davon auszugehen, dass einige Landesbewohner ihre Dosis in Arztpraxen erhalten werden, bis das Fürstentum die Herdenimmunität von 70 bis 80 Prozent erreicht.

Damit stellt sich aber die Frage: Sind die Arztpraxen darauf vorbereitet, künftig erste Anlaufstelle für Coronaschutzimpfungen zu sein?

Nicht ganz einfach, aber machbar

Gesellschaftsminister Manuel Frick hält sich auf Anfrage kurz. Bezüglich der Planung der Impfungen nach Schliessung des Testzentrums sei das Ministerium für Gesellschaft und das Amt für Gesundheit laufend mit der Liechtensteinschen Ärztekammer in Kontakt. Über weitere Details werde die Regierung zu gegebener Zeit informieren.

Ausführlicher äussert sich Ärztekammerpräsidentin Ruth Kranz zum Stand der Praxenimpfungen. «Es obliegt wohl



Ab Ende September wird wohl nicht mehr im Testzentrum, sondern in Arztpraxen geimpft. Bild: Keystone

der Kammer, das zu organisieren. Wir sind dabei, eine Lösung zu finden, was logistisch nicht ganz einfach ist. Aber es wird wohl machbar sein.» Wie es genau funktionieren werde, wisse die Ärztekammer noch nicht, aber ein entsprechendes Konzept sei in der Entwicklung.

«Gibt genug Praxen, um das zu stemmen»

Und wie sieht es vonseiten der Ärzteschaft aus? Der Eschner

Arzt Thomas Jehle meint zu den Corona-Schutzimpfungen über Arztpraxen: «Das sollte kein Problem sein.» Der Arzt geht ohnehin davon aus, dass mittlerweile der grosse Run auf die Impfungen vorbei sei. Somit werden die Arztpraxen wohl auch nicht mit einem massiven Andrang an Impfwilligen konfrontiert werden.

Auch die Allgemeinmedizinerin Ilse Barthel macht sich keine Sorgen darüber, dass das

Impfzentrum geschlossen wird. Vielmehr wäre sie von Anfang an dafür gewesen, dass Ärzte nicht nur im Testzentrum, sondern auch in ihrer Praxis die zwei Impfdosen verabreichen können.

Einen Ansturm an Impfwilligen befürchtet die Ärztin Ilse Barthel ebenfalls nicht: «Es gibt in Liechtenstein genug Arztpraxen, um das zu stemmen.»

Elias Quaderer

Freie Liste will Buswerbung auf Fahrzeugheck begrenzen

Fahrgäste hätten wegen den Werbedruckten Mühe, die Busse zu erkennen. Zudem störe es den Fahrkomfort.

Ohne grosse Ankündigung ging beim Parlamentsdienst gestern ein Vorstoss der Freien Liste ein. Die Fraktion will die Regierung beauftragen, eine Überarbeitung der Eignerstrategie von Liemobil zu prüfen. In der Strategie soll festgehalten werden, «dass die Busse der Liemobil als solche klar erkennbar sind und das Corporate Identity der Liemobil spiegeln». Besonders soll hinsichtlich der wirtschaftlichen Ziele festgehalten werden, dass sich die Aussenwerbung auf das Heck der Busse beschränkt.

Ist es ein Reisebus oder ein Bus der Liemobil?

Die drei FL-Abgeordneten begründen ihren Vorstoss mit dem Erkennungseffekt der Liemobil: Seit 2000 gehöre die Farbe «Lime» zur Corporate Identity des Verkehrsunternehmens. «Die limefarbenen Busse der Liemobil sind mittlerweile bei der Bevölkerung und den Fahrgästen bekannt», so der parlamentarische Vorstoss.

Aber die Busse seien im Laufe der letzten Jahre immer grossflächiger mit Werbung bedruckt worden. Dadurch sei das traditionelle Limegrün auf mehreren Bussen nicht mehr zu erkennen, womit der Erkennungswert verloren gehe. «Besonders bei schlechter Witterung haben die Fahrgäste an der Haltestelle Mühe zu erkennen, ob es sich

um einen Linienbus handelt oder um einen Bus eines privaten Reiseveranstalters.» Daneben würden die Werbedrucke aber auch den Komfort einschränken. So seien die «vollflächig beklebten Fenster und der Blick nach aussen durch die perforierte Werbefolie dem Fahrkomfort abträglich».

Zweiter Anlauf gegen Bus-Aussenwerbung

Mehreren Abgeordneten ist seit Längerem die Werbung auf den Bussen – insbesondere die Casino-Werbung – ein Dorn im Auge. Im Juni-Landtag stellte der FL-Abgeordnete Patrick Risch den Antrag, die Eignerstrategie dementsprechend anzupassen, dass grossflächige Aussenwerbung verboten wird. Die wegfallenden Werbeeinnahmen wollte er mit einem höheren Staatsbeitrag kompensieren. Damals merkte Verkehrsministerin Graziella Marok-Wachter an, dass eine sofortige Entscheidung über das Verbot der Buswerbung nicht möglich sei. Denn will der Landtag die Eignerstrategie anpassen, muss die Regierung dafür zunächst bis zur übernächsten Sitzung eine Stellung abgeben. Erst dann kann der Landtag die Änderung beauftragen. Im Juni zog Risch seinen Antrag letztlich zurück. Doch der neue Vorstoss zeigt: Die Freie Liste setzt ihren Kampf gegen grossflächige Buswerbung fort. (equ)